

- Es gilt das gesprochene Wort. -

- **Sperrfrist: Montag, 18. November 2013, 20:00 Uhr** -

Auf solidem Fundament die Zukunft planen

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eine Haushaltsrede sollte sich natürlich zunächst und im Schwerpunkt mit den Planungen für das anstehende Haushaltsjahr auseinander setzen. Das wird diese Haushaltsrede auch tun!

Lassen Sie mich aber am Anfang meiner Ausführungen einen Blick zurück in die Vergangenheit werfen, genauer gesagt auf die letzten 16 Jahre. Ich glaube, es lohnt sich!

Seit 1998 hat die Stadt Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 152 Mio. Euro umgesetzt. Das sind jahresdurchschnittlich 9,5 Mio. Euro. Für Baumaßnahmen haben wir in diesem Zeitraum 93 Mio. Euro ausgegeben. Davon entfallen 64,6 Mio. Euro auf die Kernstadt und 28,4 Mio. Euro auf die Stadtteile. Schaut man die großen Aufgabenbereiche an, zeigt sich folgendes Bild:

In die **Schulen** sind 32,5 Mio. Euro geflossen.

Davon entfallen 28,0 Mio. Euro auf die Kernstadt und 4,5 Mio. Euro auf die Stadtteile. Ein wesentlicher Anteil dieser Mittel war bestimmt für die Schaffung von Ganztageseinrichtungen bzw. ganztägigen Schulangeboten. Mit der beschlossenen Erweiterung und Umgestaltung der Otto-Hahn-Realschule steht eine weitere Großmaßnahme in diesem Bereich an.

Für die **Kinderbetreuungseinrichtungen** haben wir 12,7 Mio. Euro eingesetzt. Dabei war eindeutiger Schwerpunkt die Erweiterung der Betreuungsangebote für unter 3-jährige Kinder.

In die städtische Infrastruktur, im Wesentlichen also **Straßenbau und Erschließung**, wurden 23,7 Mio. Euro investiert.

Davon entfallen 14,3 Mio. Euro auf die Kernstadt und 9,4 Mio. Euro auf die Stadtteile.

Für **Stadtsanierungsmaßnahmen** haben wir 11,8 Mio. Euro bereitgestellt.

Die Aufzählung ist natürlich nicht abschließend. Wie Sie wissen, haben wir weitere Mittel in eine Vielzahl von Einrichtungen der Stadt eingebracht. Nur als Beispiele seien genannt: Hallen, Friedhöfe, Feuerwehr, Schlachthof, Pflegeeinrichtungen, Verwaltungsgebäude.

Das alles haben wir geleistet ohne Neuverschuldung.

Mehr noch: Gleichzeitig haben wir die Kämmerschulden um 9,3 Mio. Euro reduziert und dem Rahmenkonto Ost Sondertilgungen von knapp 4,4 Mio. Euro zugeführt, insgesamt also 13,6 Mio. Euro Schulden abgebaut.

Meine Damen und Herren,

ich meine, eine bemerkenswerte Bilanz für Gemeinderat und Verwaltung. Sie ist Beleg für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung in dieser Zeit.

Wir dürfen aus diesem Rückblick Mut und Selbstbewusstsein schöpfen. Ich bin überzeugt, wir werden die anstehenden großen Herausforderungen in gleicher Art und Weise mit Augenmaß für die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt meistern.

1.2 Rahmenbedingungen / Entwicklung der städtischen Finanzen

Nun zum Haushaltsentwurf 2014:

Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen können als unverändert gut bewertet werden. Die Steuerschätzung im Mai hat die früheren Prognosen bestätigt, dass für 2014 und darüber hinaus bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2017 mit tendenziell steigenden Steuereinnahmen für die Kommunen gerechnet werden kann.

Für uns bedeutet das, dass wir bei den Schlüsselzuweisungen und der Beteiligung an der Einkommensteuer weitere Zuwächse einplanen können.

Die derzeit erkennbar positive Haushaltsentwicklung des laufenden Jahres lässt erwarten, dass wir die ursprünglich vorgesehene Rücklagenentnahme deutlich reduzieren können. Nach aktuellem Stand könnte sich eine Ergebnisverbesserung in einer Größenordnung von 4,0 Mio. Euro ergeben. Diese Einschätzung steht natürlich unter dem Vorbehalt, dass bis Jahresende weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben böse Überraschungen auftreten.

Trifft diese Erwartung zu, können wir unsere Reserven in den einsetzbaren Rücklagen so schonen, dass wir nach der für das kommende Jahr vorgesehenen Entnahme noch über rd. 8,0 Mio. Euro für die Zeit nach 2014 verfügen.

2. Haushaltsentwurf 2014

2.1 Verwaltungshaushalt

Ich komme zum Verwaltungshaushalt. Mit einem Volumen von annähernd 102,2 Mio. Euro übertrifft er alle seine Vorgänger. Im Vergleich zu 2013 legt er um 5,4 Mio. Euro zu.

Auf der Einnahmenseite können wir eine weitere Steigerung unserer Beteiligungen an den Gemeinschaftstöpfen feststellen. Bei den allgemeinen Finanzausgleichszuweisungen und dem Anteil an der Einkommensteuer ergibt sich gegenüber 2013 ein Zuwachs von knapp 2,9 Mio. Euro.

Evtl. bringt die Novembersteuerschätzung noch einen kleinen Zuschlag.

Auch bei den Eigenfinanzierungsmitteln legen wir zu. Der Gewerbesteueransatz konnte um 1,0 Mio. Euro auf 19,0 Mio. Euro erhöht werden. Dazu der Hinweis, dass wir aktuell ein Aufkommen von 21,8 Mio. Euro haben.

Allerdings sind hierin 2,7 Mio. Euro enthalten, die auf einen einmaligen Vorgang aus Vorjahren zurückgehen und daher bei der Ansatzermittlung zu bereinigen waren.

Bei den Ausgaben ergibt sich nach dem Entwurfsstand ein weiterer deutlicher Anstieg bei den Personalkosten um 1,5 Mio. Euro auf jetzt 26,55 Mio. Euro. Maßgeblichen Anteil an dieser Erhöhung haben die beiden neuen städtischen Kindertagesstätten „Heiligenstraße“ und „Alleestraße“, für die erstmals der volle Personaletat zu veranschlagen war. Allein die Personalkosten für beide Einrichtungen belaufen sich auf 1,17 Mio. Euro.

Darüber hinaus –ich habe dazu schon in der letzten Haushaltsrede Aussagen getroffen- muss den wachsenden Aufgaben der Verwaltung Rechnung getragen werden.

Die entsprechenden Anforderungen aus den Dienststellen zu personellen Veränderungen habe ich daher in den meisten Positionen mitgetragen.

Allerdings öffnet sich hier mehr und mehr ein Spannungsfeld. Auf der einen Seite wissen wir um die Arbeitsbelastungen und begrenzten Kapazitäten in verschiedenen Bereichen unserer Verwaltung und wollen, dass die Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger effizient und mit gleichbleibend hoher Qualität geleistet wird. Das ist ja unser Ziel und unsere Aufgabe. Auf der anderen Seite müssen wir der weiteren Entwicklung in diesem Sektor im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. Die Konsolidierungsbemühungen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass Personalausgaben in einer öffentlichen Verwaltung gewissermaßen Fixkosten sind, die in finanziell schwierigen Zeiten kaum beeinflussbar sind. Wir wissen aber auch, dass ohne viele personalintensive Anstrengungen der Stadtverwaltung unser Gemeinwesen nicht so solide dastünde (z.B. Kinderbetreuung, Integration, Öffentliche Sicherheit, Stadtreinigung.)

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind mit einem Gesamtbetrag von 25,4 Mio. Euro –und damit gegenüber dem Vorjahr um 700.000 Euro höher –veranschlagt.

Hierin enthalten sind die für 2014 vorgesehenen Maßnahmen des heute zur Beschlussfassung vorgelegten Schulsanierungsprogramms mit einem Betrag von rd. 930.000 Euro.

Ein weiterer Teilbetrag über 330.000 wird im Vermögenshaushalt bereitgestellt.

Mit diesem Maßnahmenprogramm, das bis ins Jahr 2023 Gesamtausgaben in Höhe von rd. 23,4 Mio. Euro vorsieht, soll mehr Transparenz und eine größere Akzeptanz für die technische Notwendigkeit und Dringlichkeit von Instandsetzungsmaßnahmen für die Nutzer geschaffen werden. Bei der Festlegung gab es Kriterien bei der Priorisierung, Zufälligkeiten sollten ausgeschlossen werden.

Weitere Anstiege bei den Sachkosten sind in Teilen auch zurückzuführen auf die neuen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Erstmals erscheint die Bewirtschaftung der Flugbetriebsfläche als Finanzposition. Hierfür sind einnahme- und ausgabenseitig 355.000 Euro veranschlagt. D.h., die Verwaltung geht nach dem derzeitigen Kenntnisstand davon aus, das Areal, wie früher schon eingeschätzt, im kommenden Jahr kostenneutral halten zu können.

Für die Landesgartenschau sind im Verwaltungshaushalt rd. 700.000 Euro und damit ca. 280.000 Euro mehr als im laufenden Jahr veranschlagt. 200.000 Euro fallen an für die Erarbeitung der Ausstellungskonzeption.

Im Weiteren sind für Honorare –insbesondere für Leistungen der Fördergesellschaft – 50.000 Euro angesetzt.

Allerdings ist der Mittelbedarf im ausgedruckten Entwurf noch nicht vollständig dargestellt. Voraussichtlich zum 01.04.2014 soll die Landesgartenschau-Gesellschaft gegründet werden. Derzeit erarbeitet die designierte Geschäftsführung den Wirtschaftsplan mit den erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen. Diese Kosten muss die Stadt im Rahmen des Durchführungshaushaltes übernehmen und der GmbH zuführen. Die Größenordnung dieses Postens dürfte sich im 6-stelligen Bereich bewegen.

2.2 Vermögenshaushalt

Nun zum Vermögenshaushalt:

Der Entwurf des Vermögenshaushaltes weist ein Volumen von rd. 14,6 Mio. Euro aus. Verpflichtungsermächtigungen sind in einer Gesamthöhe von über 5,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Für Baumaßnahmen sind rd. 9,9 Mio. Euro vorgesehen.

Einen Schwerpunkt bildet der Schulbereich. Für die Erweiterung der Otto-Hahn-Realschule stehen 1,4 Mio. Euro bereit. Die Mittel sind bestimmt für Planungsleistungen und die 1. Baurate. Das Gesamtprojekt wird über 5,0 Mio. Euro kosten. Nach Abzug der erwarteten Landesförderung verbleibt der Stadt ein Eigenanteil von ca. 4,0 Mio. Euro.

Bei der Kinderbetreuung stehen über 700.000 Euro für investive Ausgaben zur Verfügung. Die Kindertagesstätte Max-Planck-Straße soll für 450.000 Euro erweitert und zur Errichtung von 2 neuen Krippengruppen umgebaut werden. Daneben sind Mittel in Höhe von 280.000 Euro für die Herrichtung der Außenanlage der neuen Einrichtungen „Alleestraße“ und „Heiligenstraße“ enthalten.

Mit der Erweiterung des Sanierungsgebietes „Nördliche Altstadt“ ist es gelungen, die vorgesehene Einrichtung eines stadtgeschichtlichen Museums in einen Förderrahmen zu bringen. Für den Erwerb der Tonofenfabrik, die Planung und erste Bauausführungsrate stehen über 1,1 Mio. Euro bereit. Der im kommenden Jahr erwartete Zuschuss ist mit 420.000 Euro angesetzt. Damit kann diese Einrichtung, für die der Bedarf seit langem anerkannt ist, nun auf den Weg gebracht werden.

Für Straßenbauprojekte in der Kernstadt und den Stadtteilen stehen 1,6 Mio. Euro zur Verfügung. Der Umbau des Friedrich-Ebert-Platzes ist dabei mit einem Ansatz von 1,0 Mio. Euro größter Einzelposten. Der Landeszuschuss für diese Maßnahme beträgt 350.000 Euro.

Weiter sind hier veranschlagt.

-für die im Zusammenhang mit der Parkplatzproblematik im Kasernenareal erforderliche Erweiterung der Feuerwehrstraße	100.000 Euro
-für Planungen zur Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes	100.000 Euro
-für den Ausbau der David-Schieni-Str. in Hugsweier	135.000 Euro
-für den 3. Bauabschnitt zur Neugestaltung der Weilerfeldstraße in Sulz	180.000 Euro

Den breitesten Raum in der Investitionsplanung nimmt erwartungsgemäß die Landesgartenschau ein. Insgesamt sind über 2,9 Mio. Euro veranschlagt.

Sie entfallen auf Planungsleistungen für verschiedene Teilmaßnahmen. Hauptposten ist die 1. Baurate für den Stegmattensee mit 2,0 Mio. Euro. Der See ist zu sehen als komplexes Projekt, das noch höchste Anforderungen an seine Realisierung stellt.

Wenn Sie sich den Katalog der einzelnen Ansätze ansehen bitte ich ausdrücklich darum, dies nicht als Vorfestlegung der Verwaltung für die noch zu treffenden Entscheidungen des Gemeinderates zu sehen –weder in die eine noch in die andere Richtung. Die Aufnahme in den Entwurf erfolgte so nach intensiver Abstimmung in der Verwaltung. Dabei war vor allem der Zeitplanung Rechnung zu tragen. Vermeintlich ist es bis 2018 noch lange hin. Aber in Anbetracht der Abhängigkeit in der Abfolge der einzelnen Maßnahme bzw. auch der Dauer der Umsetzung müssen Teilprojekte 2014 planerisch, im Fall des Sees auch baulich, auf den Weg gebracht werden.

Falls wir bis zu den Haushaltsberatungen neue Erkenntnisse habe, können dann evtl. notwendige Änderungen vorgenommen werden.

Lassen Sie mich noch auf eines hinweisen. Wie schon erwähnt soll im kommenden Jahr, angestrebt ist der 1. April, die Landesgartenschau-Gesellschaft gegründet werden. Mit der Gründung wird die GmbH die weitere Planung und Umsetzung der Maßnahmen übernehmen. Die Stadt wird dann der GmbH die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Es wird daher voraussichtlich zu gegebener Zeit zumindest teilweise eine Umwidmung der veranschlagten Mittel erfolgen müssen. Die vollständige Aufnahme in den Entwurf erfolgte in der Absicht, in jedem Fall die volle Handlungsfähigkeit bis zur GmbH-Gründung zu sichern.

Zum Ende meiner Ausführungen über investive Maßnahmen möchte ich noch kurz auf eine bestimmte Finanzposition eingehen. Sie finden sie bei der Stadthalle. Dort ist ein Betrag in Höhe von 130.000 Euro eingestellt für den Ausbau der südlich der geteerten Parkplätze gelegenen Schotterfläche. Entsprechende Mittel waren ursprünglich erst für 2015 vorgesehen.

Nachdem der Neubau einer Stadthalle ins nächste Jahrzehnt rutscht, zeige ich mich flexibel und bin gerne bereit, die Maßnahme vorzuziehen. Dies auch im Verständnis den Status quo im begrenzten Umfang zu verbessern.

2.1.2 Finanzierung des Vermögenshaushaltes

Mit einer Zuführungsrate von rd. 8,7 Mio. Euro können wir erneut einen Rekordwert ausweisen. Damit stehen 6,7 Mio. Euro als Netto-Investitionsrate zur Verfügung. Unter Berücksichtigung weiterer Einnahmen-Positionen müssen wir nach dem Zahlenstand des Entwurfs 980.000 Euro aus der Rücklage zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes entnehmen. Erneut soll es auch im kommenden Jahr keine Neuverschuldung im Haushalt geben.

3. Mittelfristige Finanzplanung / Finanzierungsbedarf der LGS

Mit der mittelfristigen Finanzplanung schauen wir bis ins Jahr 2017. In den Jahren 2015 bis 2017 sind für Baumaßnahmen rd. 39,0 Mio. Euro ausgewiesen. Davon entfallen auf die Landesgartenschau 21,75 Mio. Euro.

Die Aussage aus der letztjährigen Haushaltsrede, an das die Landesgartenschau in den nächsten Jahren im Vordergrund steht, lässt sich wiederholen. Ebenso wiederholen lässt sich aber auch die Aussage, dass wir nicht nur Landesgartenschau machen, sondern im Rahmen des Möglichen die Entwicklung der Stadt und der Stadtteile weiter voranbringen wollen.

Bei einem Großprojekt wie der Landesgartenschau spielt die Frage der Finanzierbarkeit und damit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes natürlich eine wichtige Rolle.

Auf der Grundlage der heute vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung können wir weiterhin davon ausgehen, das Maßnahmenprogramm, für das wir den Zuschlag zur Durchführung der Landesgartenschau 2018 erhalten haben, ohne neue Schulden finanzieren zu können.

Diesem Kern- oder Pflichtbereich sind die Dauieranlagen mit See und die Brücke zuzuordnen. Darüber hinaus können weitergehende Maßnahmen wie beispielsweise die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes sowie die Kostenbeteiligung der Stadt an der Modernisierung und dem barrierefreien Ausbau des Bahnhofes ohne Neuverschuldung umgesetzt werden.

Es bleibt auch Finanzierungsspielraum für die Schaffung des stadthistorischen Museums in der Tonofenfabrik.

Hingegen und das zeigen die Zahlen der mittelfristigen Planung erneut auf, wird es nicht möglich sein, die in der Diskussion befindlichen Projekte im Bürgerpark, unsere Briefmarken ohne neue Kredite zu finanzieren.

Es wird also eine Neuverschuldung geben, wenn wir den Schwung der LGS nutzen wollen, um Investitionen z.B. in den Sport vorzuziehen, die auf jeden Fall anstehen. Bei der Festlegung einer Obergrenze müssen wir uns orientieren an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Haushaltes. Ein mögliches Kriterium für eine Kreditlinie könne der Schuldenstand von 1998 sein.

An dieser Stelle möchte ich an den Rückblick zu Beginn der Rede erinnern, an die Kernaussage: Sie ist Beleg für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg.

Ich bin überzeugt, wir werden der Zielsetzung einer soliden und verantwortungsbewussten Finanzpolitik auch bei den anstehenden Entscheidungen treu bleiben.

4. Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen.